

REGION EMME

NEUES BUSKONZEPT LIMPACHTAL

Ein Rufbus und vielleicht ein Poschi nach Schalunen

Im Limpachtal gibt es ab Ende 2004 ein neues Buskonzept: In Mülchi und der Gemeinde Limpach ist ein Rufbus vorgesehen. Diskutiert wird auch, ob in Zukunft ein Bus nach Schalunen fährt.

Mit dem Fahrplanwechsel Ende 2004 wird es in der Region Bern-Lyss-Solothurn bei der Bahn grosse Änderungen geben. Die Änderungen der Bahnfahrpläne erforderten auch ein neues Konzept der Postauto- und Buslinien. «Wir nutzten die Gelegenheit, das heutige Angebot zu überdenken», teilt die Regionale Verkehrskonferenz mit.

Obwohl das Konzept gesamthaft «finanzielle Einsparungen vorsieht», bringt es laut Projektmitarbeiter Daniel Kilcher für die Gemeinden Mülchi und Limpach sogar leichte Verbesserungen. Das Angebot zu den Stosszeiten bleibt erhalten. Zu den verkehrsschwachen Zeiten soll in Mülchi und Limpach neu ein Rufbus fahren. Der Rufbus fährt nur, wenn er von Passagieren angefordert wird.

Bisher fahren zwischen den Stosszeiten überhaupt keine Busse. Die Postautos sollen auch

nach dem neuen Konzept Zuganschlüssen in Bätterkinden respektive in Jegenstorf gewähren.

Bald auch nach Schalunen?

Hoffnungen gibt es vor allem für die Schaluner: Laut Kilcher besteht gemäss vorliegendem Konzept die Möglichkeit, dass künftig zu den Stosszeiten ein Postauto im Dorf hält. Möglich wäre, das Busangebot entweder in Jegenstorf oder in Bätterkinden zu erweitern, erklärt Kilcher.

Von Bätterkinden könnte eine direkte Verbindung nach Schalunen angeboten werden. Die andere Variante wäre, dass ein Ortsbus von Jegenstorf nach Schalunen fährt. Eine dritte Variante bestünde in einer Verbindung von Münchringen her. Kilcher betont jedoch, dass man über einen Busanschluss in Schalunen diskutieren müsse.

Der Grund, weshalb die Regionale Verkehrskonferenz eine Postautohaltestelle in Schalunen ins Gespräch bringt: Die Schaluner klagen seit Jahren über die schlechten Anschlüsse der RBS. Der Zug hält in Schalunen nur einmal pro Stunde (wir berichteten). *ma*

Die Mitwirkung zum Buskonzept läuft bis am 31. Oktober. Am 19. September findet im «Bären» in Wengi eine Infoveranstaltung statt.

BAUEN IN DER LANDWIRTSCHAFTSZONE

Niemand ist mehr zuständig

Wer in der Landwirtschaftszone bauen will, muss warten. Die Statthalter bedauern es, dass sie die Gesuche nicht mehr behandeln dürfen. Den Verein Heit Sorg zum Ämmital aber freuts.

Susanne Graf

«Das ist eine Katastrophe», entfährt es dem Oberburger Landwirt Peter Löffel. «Das passiert auch nur im Kanton Bern, dass eine Regelung aufgehoben wird, bevor die neue in Kraft ist», ärgert er sich.

Was ist passiert? Löffel möchte in seinem Bauernhaus eine zweite Wohnung einbauen, damit seine Tochter mit der Familie einziehen und ihm bei der Bewirtschaftung des Heimets helfen kann. Die Zeit ist knapp, im Frühling sollte die Wohnung bereit stehen. Löffel wäre darauf angewiesen, dass sein Baugesuch zügig behandelt wird. Doch plötzlich ist niemand mehr dafür zuständig.

Den Statthaltern entzogen

Seit dem 22. August dürfen die Regierungsstatthalter nicht mehr entscheiden, ob für das Bauen in der Landwirtschaftszone eine Ausnahmebewilligung erteilt werden kann. Das hat das Bundesgericht entschieden. Die Zuständigkeit einer einzigen kantonalen Behörde sei erforderlich, wolle man sichergehen, dass die Gesuche im ganzen Kanton einheitlich behandelt werden.

«Mit Hochdruck»

Noch ist nicht entschieden, ob das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) für diese Gesuche zuständig sein wird, wie dies schon vor 1995 der Fall war. Gegenwärtig wird eine neue Organisationsverordnung erarbeitet.

«Wir arbeiten mit Hochdruck», versichert Stephan Müller, der Generalsekretär der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion. Er präsidiert die eigens dafür eingesetzte Arbeitsgruppe, in der auch die Regierungsstatthalter und das AGR vertreten sind.



Sie warten auf den Entscheid: Peter Löffel aus Oberburg mit seiner Tochter und den Enkelkindern. BILD THOMAS PETER

Während sich die Bauern ärgern, weil ihre Baugesuche bis Ende September niemand mehr in die Finger nimmt, freut sich Andreas Reist vom Verein Heit Sorg zum Ämmital über den Bundesgerichtsentscheid. «Er entspricht unserem langjährigen Wunsch», sagt er auf Anfrage und ist überzeugt: «Die Gesuche werden von einer etwas weiter entfernt liegenden Stelle neutraler beurteilt als von den Statthaltern, die den Bauwilligen oft fast

zu nah sind.» Denn diese hätten, so Reist, «oft auch einfach die Guten sein wollen».

Wenig Verständnis

Ist zu erwarten, dass künftig mit Baubewilligungen zurückhaltender umgegangen wird? Davon will Simon Bichsel, Statthalter im Amt Signau, nichts wissen. «Die zentrale Stelle wird das gleiche Gesetz anzuwenden haben. Sie steht vor der gleichen Ausgangslage», sagt er. Trotzdem

gefällt ihm die Änderung nicht. Er befürchtet, die Beratung vor Ort könnte künftig nicht mehr in gleichem Mass gewährleistet werden. Noch bevor überhaupt Pläne gezeichnet waren, haben sich der Statthalter und der kantonale Bauinspektor jeweils beim Bauwilligen eingefunden und vor Ort besprochen, welcher Aus- oder Neubau Aussicht auf eine Baubewilligung hat.

Kaum Bauabschlüsse

Das wurde nicht nur im Amt Signau so gehandhabt, sondern auch in den übrigen Amtsbezirken. «Deshalb kam es auch kaum je zu einem Bauabschlag», sagt Werner Lüthi, der Sachbearbeiter Bauwesen im Amt Burgdorf. Von daher rühre vielleicht das Gefühl, die Statthalter hätten die Baugesuche zu locker gehandhabt, fügt er an.

«Spielraum genutzt»

«Wir haben unseren Spielraum genutzt, aber nicht ausgenutzt», sagt Martin Lerch, Statthalter im Amt Aarwangen. Täglich treffen neue Gesuche bei ihm ein, über 200 sind es pro Jahr. «Bis Ende September bleiben sie liegen, dabei hätten wir das Know-how und die Kapazität, diese zu erledigen», meint Lerch kopfschüttelnd und fügt an: «Der rigide Eingriff durch das Bundesgericht ist praxis- und bürgerfeindlich.»

Hoffnung auf Einbezug

Markus Grossenbacher, den Statthalter im Amt Trachselwald, haben die Gesuche um eine Ausnahmebewilligung pro Woche rund einen Tag beschäftigt. Er bedauert den Bundesgerichtsentscheid. Nicht, weil er Angst hätte, künftig unterbeschäftigt zu sein, sondern weil man ihm einen seiner liebsten Bereiche wegnimmt. «Die Bürger zu beraten, ihnen Lösungen zu zeigen war eine meiner liebsten Aufgaben», sagt er. Eine zentrale Stelle werde nicht mehr die Zeit haben, die Baugesuche im ganzen Kanton gründlich anzuschauen und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Grossenbacher hofft, dass die Statthalter auch in Zukunft in das Baubewilligungsverfahren einbezogen werden. ♦

AMT BURGDORF

Die SVP fasst wieder einmal eine Nein-Parole

Die SVP Amt Burgdorf stimmt ins Konzert der Kantonalpartei ein und empfiehlt die Wahlkreisreform zu Ablehnung.

Mit nur noch acht Wahlkreisen über den ganzen Kanton erhielten Kandidaten aus städtischen Gebieten automatisch grössere Wahlchancen, der ländliche Raum gerate definitiv ins Hintertreffen, sagte Grossrat Peter Studer aus Höchstetten.

Das Problem stelle sich ja schon heute, sagte Studer vor den Delegierten mit Blick auf

sein Amt: «Zurzeit bin ich ja der einzige Grossrat, der nicht aus der Agglomeration Burgdorf kommt.»

Kritik übte Studer ausserdem am geplanten Wahlkreis Oberaargau, in dem die Ämter Fraubrunnen Aarwangen, Burgdorf und Wangen aufgehen sollen (diese Zeitung berichtete). Dieses Gebilde sei künstlich, ein Burgdorfer fühle sich der Region ebenso wenig verbunden wie umgekehrt, fasste Peter Studer zusammen: «Wie wollt ihr dann die neue Zufahrt Emmental beim Kanton durchbringen?» *skk*

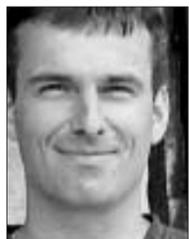
ÄMME-GRIEN

Jetzt jammern sie wieder ...

«Bauern gehen auf die Strasse», die Medien berichteten über unsere Sorgen. Bei diesem sehr komplexen Thema ist vielen kaum klar, um was es geht. Um es vorwegzunehmen, meine Meinung entspricht nicht immer der offiziellen Landwirtschaftspolitik.

Die Milchkontingentierung soll aufgehoben werden. In diesem Fall unterstütze ich die Bundespolitik. Heute muss ich für gemietete Kontingente von Bauern, welche die Milchproduktion aufgegeben haben, Miete bezahlen. Die Kontingente wurden uns in den Siebzigerjahren zugeteilt, und keiner hat dafür bezahlt. Ein anderer Fall ist die Milchpreisreduktion. Die Milch und alle anderen unserer landwirtschaftlichen Produkte sind viel zu billig. Der Preis sollte erhöht und nicht gekürzt werden! Meine provokative Aussage möchte ich mit folgenden Informationen belegen.

Die Strukturen der verschiedenen Betriebe könnten unterschiedlicher nicht sein. Bekannt ist der klassische Betrieb mit vielen Tieren und Ackerbau. Es gibt aber auch Bauern, die kaum eigenes Land, aber viele Tiere haben, wie manche Schweinemastbetriebe. Andere wiederum besitzen viel Land, aber keine Tiere. Dazu gehören spezialisierte Ackerbau-, Gemüsebau- und Obstbaubetriebe. Einige Bauern sind Pächter, andere sind Besitzer. Die geografische Lage ist ein weiterer



WALTER BÜTIKOFER

Multiplikator der Verschiedenartigkeit. Der arbeitsintensive Berg- oder Emmentalbetrieb, daneben der Talbetrieb, der heute meist gut mechanisiert ist.

Im Weiteren unterscheiden sich die Betriebe durch die Produktionsart z.B. Bio (Biologischer Landbau), IP (Integrierte Produktion) und andere. Durch handelspolitischen Druck aus dem In- und Ausland wurden und werden die Schutzzölle abgeschafft, welche unsere landwirtschaftlichen Produkte vor den Dumpingpreisen aus dem Ausland geschützt haben. Zudem wurden die Preise der Produkte zum Teil massiv nach unten angepasst. Dies, um möglichst die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland zu erreichen. Die europäische Landwirtschaft hat das gleiche Problem, sie orientiert sich an den Weltmarktpreisen. Zugegebenermassen auf einem tieferen preislichen Niveau, und obwohl diese Preise bereits von erheblich günstigeren Strukturkosten (Löhnen, Baukosten und Auflagen, Ökoverschriften, Tierschutz) profitieren, werden auch sie mit Subventionen unterstützt.

Wir bewegen uns mit unseren Produktpreisen immer hinter unseren Nachbarn her. Das Ziel könnte nur eine Annäherung an den Weltmarktpreis sein. Dieser wird aber meist nur durch vernichtende Ausbeutung des Menschen, des Tieres und der Natur erreicht und darf somit niemals das Ziel sein.

Deshalb braucht es die Bauern hier. Nur bei regional erzeugten Lebensmitteln kann der Konsument feststellen, ob die Produktion und Haltung der Tiere den Versprechungen und den Vorstellungen entsprechen. Die gepflegte und bewirtschaftete Landschaft ist von hohem Wert für Tourismus und als Naherholungsgebiet.

Bei Produkten, die wir nicht wenigstens zum Teil selber produzieren, verlieren wir die Wahlfreiheit. So geschehen in den USA. Dort wurde die konventionell produzierte Soja, mit gentechnisch manipulierter Soja vermischt. Den Europäern, die der Gentechnologie gegenüber noch sehr kritisch eingestellt und auf die amerikanische Produktion angewiesen sind, wurde somit die Wahlfreiheit genommen. Aus diesen Gründen bin ich überzeugt, dass nur eine ökologische Landwirtschaft, die gesunde natürliche Lebensmittel produziert, die Zukunft der Schweiz sein kann. Diese muss mit fairen Preisen für die Produkte und die Arbeit abgesehen werden. Gesunde, natürliche Lebensmittel können und dürfen nicht billig sein.

Walter Bütikofer ist verheiratet und Vater zweier Kinder im Grundschulalter. Er bewirtschaftet in Kirchberg einen Biolandwirtschaftsbetrieb in einer Betriebsgemeinschaft. Zweitberuflich liess er sich zum Webpubliker ausbilden und gestaltet seither Webauftritte unter anderem für das Gewerbe. Während sieben Jahren präsidierte er den Verkehrs- und Verschönerungsverein von Kirchberg.

GRATULATION

MÜLCHI.

80. Geburtstag
Heute feiert Bethli Marti, im Holz, ihren 80. Geburtstag. Wir gratulieren herzlich. *mg*

WILLADINGEN.

85. Geburtstag
Zum 85. Geburtstag gratulieren wir Lina Lüdi, Moosgasse, und wünschen alles Gute. *mg*

WAS? WANN? WO?

Samstag/Sonntag, 7./8. September 2002

BURGDORF

Kinder-Strassenfest. Samstag, 10 bis 16 Uhr, fahrender Spielplatz bis 13 Uhr.

KOPPIGEN

Geschicklichkeitsfahren, Freie Radler Koppigen. Beim Schulhaus Koppigen, Sonntag ab 10 Uhr.

RÜDTLIGEN

Walliserabend. Auf der Überdeckung, Samstag, ab 17 Uhr.